

4872/J XX.GP

der Abgeordneten Dr. Brigitte Povysil
und Kollegen
an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziale

betreffend: Vermeintliche Geldbeschaffungstaktik - Spiel mit dem Leben
am Beispiel eines tödlichen Unfalls einer 27 jährigen österreichischen
Staatsangehörigen in Brno (Tschechien) sowie des Verdachts der
Fehlversorgung durch das dortige Unfallkrankenhaus sowie das ablehnende
Verhalten österreichischer Spitäler.

Seit den 60er Jahren bemüht sich die Republik Österreich um Abkommen über die Soziale Sicherheit mit ihren angrenzenden Ostnachbarn. Die Mehrheit der Anrainerstaaten haben bereits ein Abkommen mit Österreich, nur Tschechien nicht, obwohl dieses Land als Top Kandidat der EU - Osterweiterung gilt. Die "Vorverhandlungen" zu einem Abkommen sind auf Experten Ebene bereits abgeschlossen (Entwurf AZ 24500/7-4/97) und man prophezeit eine Unterzeichnung in den nächsten eineinhalb Jahren. Die Zahlungsbilanz solcher Abkommen belastet ebenfalls mehrheitlich die österreichische Seite. Mit dem "rechtsleeren" Raum, der nunmehr seit fast 40 Jahren besteht, wird Tür und Tor für eine Geldbeschaffungstaktik durch Menschen (Patienten) Geiseln in den ehemaligen Ost - Staaten betrieben, welche noch dadurch verstärkt wird, dass österreichische Spitäler eine Überstellung aus dem Unfallkrankenhaus Brno des Steyrischen Notopfers Sylvia Jegg (27) ablehnten. (siehe Kronen Zeitung v. 07.08.98)

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher
an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
folgende

ANFRAGE:

1. Dieser Fall ist kein Einzelfall. Warum setzte Ihr Ministerium keinerlei Maßnahmen ab dem Bekanntwerden des tragischen Vorfalles?
2. Wie kommt es, dass nach Rücksprache für eine Überstellung des Opfers, Kliniken in Linz, Salzburg und Innsbruck mit dem Kommentar "Bettenmangel" eine Notaufnahme ablehnten?
3. Aus medizinischer Sicht ist der Transport eines vermeintlichen Schwerverletzten mittels Beatmung prinzipiell durchführbar. Wieso wurde dieser nicht früher durchgeführt, obwohl sämtliche Ziele über Flughäfen und Helikopterlandeplätze verfügen und die Distanzen von Brno auf dem Landweg nach Linz rund 220 km, nach Salzburg rund 320 km und nach Innsbruck rund 450 kein wahrer Hinderungsgrund sind. Werden Sie entsprechende Nachforschungen anstellen?
4. Haben Sie aufgrund der fragwürdigen medizinischen Versorgung im UKH Brno die Staatsanwaltschaft eingeschaltet? Wenn nein, warum nicht?
 - Wurde der angebliche Hirntod der Patientin mit den üblichen Standard Untersuchungen festgestellt?
 - Wieso wurde die Patientin vom behandelnden tschechischen Arztes Dr. Kokoschka nicht freigegeben?
5. Ist Ihnen bekannt warum sich als einziger der Leiter der Anästhesiologischen Abteilung der Landesnervenklinik Linz, Prim. Dr. Walter Löffler für das Unfallopfer eingesetzt hat?
6. Welche Möglichkeiten für Notfallhilfe hat die Republik Österreich am Beispiel der Eltern des Opfers, welche eine Schulderklärung von 360.000,-- ATS unterschreiben mußten um Ihre Tochter aus dem UKH Brno frei zu bekommen?

7. Welchen Anteil des horrenden Tagsatzes von 40.000,-- ATS (zehnmal so hoch wie in Österreich) wird die Krankenkasse übernehmen?
8. Sollte die Sozialversicherung (SZV) sich auf die 80 % Wahlarztregelung des Inlandes berufen, welche Chancen haben die Eltern des Opfers auf Hilfe aus dem SZV Unterstützungsfonds? Wie rasch wird die Hilfe zugesprochen werden?
9. Welche diesbezüglichen Regelungen sind auf EU - Ebene für solche Härtefälle vorgesehen? Wenn keine vorhanden, warum nicht?
10. Welche Möglichkeiten haben die Eltern des Opfers auf Unterstützung aus dem Sozialhilfefonds auf Landesebene?
11. Welche Möglichkeiten einer Verbesserung des österreichischen Krankenanstaltenrechtes sehen Sie, um solche "Nachbar" Notfälle für österreichische Staatsbürger verpflichtend übernehmen zu müssen?
12. Reziprok regelt das österreichische Krankenanstaltenrecht auch die Behandlung von Ausländern (z.B. auch CR Bürger) und läßt Ihnen vorbehaltlos die beste Versorgung bei Akutfällen zukommen. Eine Sicherstellung der Kosten darf jedoch gefordert werden. Dennoch gibt es in österreichischen Spitälern viele uneinbringliche Forderungen. Können Sie sich eine Art Gegenrechnung der Forderungen vorstellen? Wenn Ja, wie? Wenn nein, warum nicht?
13. Solche Fälle nehmen, wie auch in ihrem Ministerium bekannt, in den letzten Jahren zu, welche raschen Gesetzesänderungen werden Sie diesbezüglich noch in dieser Legislatur Periode durchführen können ?